

29. Juni 2022

Interpellation

von Samuel Balsiger (SVP)
und Stephan Iten (SVP)

Die Unterschriftensammlung zur Anti-Chaoten-Initiative läuft auf dem Land, in der Agglomeration und in der Stadt Zürich hervorragend. Die Volksinitiative wehrt sich gegen den Missbrauch des Versammlungs- und Demonstrationsrechts.

Es darf nicht toleriert werden, dass Chaoten und Vandalen die Rechtsordnung nach Belieben missachten und die Allgemeinheit dann für die entsprechenden Konsequenzen geradestehen muss. Dem kantonalen Volksanliegen wird bei einer Abstimmung an den Urnen sehr gute Chancen ausgerechnet. Auf www.anti-chaoten-initiative.ch steht:

«Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht für jede Demokratie. Sie beinhaltet das Recht, Kundgebungen einzuberufen, sich zu versammeln und friedlich zu demonstrieren. Nicht vom Grundgehalt umfasst sind jedoch Zusammenkünfte, bei denen Gewaltakte verübt werden oder anderweitig gegen die Rechtsordnung verstossen wird. Die dafür verantwortlichen Personen müssen endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Es ist nicht in Ordnung, wenn die Steuerzahler für Ausschreitungen und Vandalismus zahlen müssen.

- Ja zur Bewilligungspflicht für Demonstrationen: Unbewilligte Demonstrationen lösen schnell einmal Polizeikosten von mehreren Hunderttausend Franken aus. Auch die volkswirtschaftlichen Kosten sind oft beträchtlich. Daher ist es wichtig, dass Demonstrationen stets bewilligt werden müssen.
- Veranstalter illegaler Demonstrationen sollen für die Kosten geradestehen: Bei illegalen Demonstrationen und Kundgebungen sind Krawalle und Sachbeschädigungen an der Tagesordnung. Es ist nicht in Ordnung, dass die Steuerzahler am Schluss die Schäden berappen müssen. Wer illegale Kundgebungen oder Veranstaltungen durchführt, soll künftig zur Kasse gebeten werden.
- Wer bewilligte Demonstrationen stört, muss für die Konsequenzen geradestehen: Stört jemand bewilligte Demonstrationen, Kundgebungen oder andere Veranstaltungen und führt dies zu Sachbeschädigungen oder anderen rechtswidrigen Handlungen, müssen die verantwortlichen Personen für die daraus entstehenden Kosten und die Kosten des dafür notwendigen Polizeieinsatzes aufkommen.
- Hausbesetzer sind zur Verantwortung zu ziehen: Wer eine Liegenschaft illegal besetzt, muss für die daraus entstehenden Kosten aufkommen, aber auch für den notwendigen Polizeieinsatz haftbar gemacht werden. Besetzte Liegenschaften sind immer wieder Brutstätten von illegalen Demonstrationen, illegalen Partys und anderen Delikten. Daher ist ein hartes Durchgreifen wichtig.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Strategie hat der Stadtrat gegen den nachweislich gut vernetzten und äusserst aktiven Linksextremismus?
2. Welche Erfolge konnte der Stadtrat in den letzten vier Amtsjahren gegen den nachweislich gut vernetzten und äusserst aktiven Linksextremismus verzeichnen? Falls der Stadtrat keine Erfolge vorweisen kann, warum ist das so?
3. Falls der Stadtrat bislang strategie- und kopflos vorging, wird er nun eine Strategie gegen den nachweislich gut vernetzten und äusserst aktiven Linksextremismus ausarbeiten und diese mit allen rechtsstaatlichen Mitteln durchsetzen?

Samuel Berger

JK